

## Einkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Von Werner Kertels

Arbeitnehmerentgelt, Primäreinkommen, Nettowertschöpfung, Volkseinkommen, Betriebsüberschuss, verfügbares Einkommen – die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen eine Vielzahl unterschiedlich abgegrenzter Einkommensbegriffe bereit, die auf die konzeptionellen Erfordernisse der Darstellung im Kreislaufzusammenhang einer Volkswirtschaft abgestellt sind. Viele Begriffe weichen daher ab vom Einkommensverständnis im täglichen Sprachgebrauch oder von den steuerrechtlichen Einkommensdefinitionen.

### Einkommensbegriffe im Überblick

Die Ermittlung gesamtwirtschaftlicher Einkommensgrößen ist eine zentrale Aufgabe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Im Wirtschaftskreislauf erscheint Einkommen in verschiedenen Stadien und Betrachtungswinkeln – bei der Entstehung, bei der Verteilung und Umverteilung sowie bei der Verwendung – und dadurch in unterschiedlicher Definition und Abgrenzung.

Nettowertschöpfung

Einkommen entsteht bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Wenn vom gesamten Wert der Produktion in einer Periode und in einer abgegrenzten Region der Verbrauch von fremdbezogenen Vorleistungsgütern sowie der Wert der Nutzung der Produktionsanlagen (Abschreibungen) abgezogen werden, resultiert die Nettowertschöpfung. Abzüglich des Saldos aus geleisteten sonstigen Produktionsabgaben

und empfangenen sonstigen Subventionen verbleibt das im „Inland“ entstandene Einkommen. Dieses setzt sich zusammen aus dem von den Arbeitgebern geleisteten Arbeitnehmerentgelt und dem Betriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen. Das Arbeitnehmerentgelt stellt die Entlohnung der abhängig Beschäftigten dar. Der Betriebsüberschuss, der sich als Differenz im Einkommensentstehungskonto ergibt, ist das Einkommen, das den Produzenten aus der Eigennutzung der Produktionsanlagen zufließt (siehe Grafik 1).

Betriebsüberschuss

Der Ort der Produktion und Einkommensentstehung muss jedoch nicht mit dem Wohnort der Einkommensbezieher übereinstimmen. Es gibt also Einkommensströme zwischen den Regionen. In der (primären) Verteilungsrechnung werden diese Ströme einbezogen, hier findet der Übergang vom

Inlands- und Inländerkonzept

G 1

## Schematische Darstellung der wichtigsten Begriffe des Einkommensentstehungs- und -verteilungskontos



sogenannten Inlands- oder Arbeitsortkonzept zum Inländer- oder Wohnortkonzept statt. Um die von Inländern („Gebietsansässigen“, z. B. in Rheinland-Pfalz) empfangenen Einkommen nachzuweisen, werden die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der in den übrigen Bundesländern und im Ausland tätigen Inländer addiert und die Einkommen der im Inland (hier: Rheinland-Pfalz) tätigen Nichtgebietsansässigen abgezogen.

Nettonational-einkommen zu Faktorpreisen

Die resultierende Größe ist das Volkseinkommen, ein Einkommensbegriff, den das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) nicht kennt. Das im früheren deutschen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und weiterhin nachgewiesene Volkseinkommen stellt die Summe der den Inländern letztlich zugeflossenen Faktoreinkommen (der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital) dar, daher auch die Bezeichnung Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten.

Das im ESVG definierte Primäreinkommen ergibt sich durch Addition des Saldos aus Produktions- und Importabgaben und Subventionen zum Volkseinkommen. Es ist das Einkommen, das gebietsansässige Einheiten aufgrund ihrer unmittelbaren Teilnahme am Produktionsprozess erhalten sowie das Einkommen, das der Eigentümer eines Vermögenswertes oder eines nicht reproduzierten Sachvermögensgegenstandes als Gegenleistung dafür erhält, dass er diese einer anderen Einheit zur Verfügung stellt.

Nettonational-einkommen zu Marktpreisen

Das im ESVG definierte Primäreinkommen ergibt sich durch Addition des Saldos aus Produktions- und Importabgaben und Subventionen zum Volkseinkommen. Es ist das Einkommen, das gebietsansässige Einheiten aufgrund ihrer unmittelbaren Teilnahme am Produktionsprozess erhalten sowie das Einkommen, das der Eigentümer eines Vermögenswertes oder eines nicht reproduzierten Sachvermögensgegenstandes als Gegenleistung dafür erhält, dass er diese einer anderen Einheit zur Verfügung stellt.

Das Primäreinkommen der gesamten Volkswirtschaft wird auch Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen genannt. Werden die Abschreibungen mit eingerechnet, ergibt sich das Bruttonationaleinkommen, das dem früheren (und auch heute in der Umgangssprache noch oft gebrauchten) Bruttozialprodukt entspricht.

Umverteilungsrechnung:  
Sekundärverteilung der Einkommen durch Transfer-einkommen

Das Primäreinkommen bzw. das Volkseinkommen stellt jedoch noch nicht den Betrag dar, der den inländischen Wirtschaftseinheiten zur freien Verfügung steht. Die durch den Produktionsprozess entstandene Primärverteilung wird durch in erster Linie staatliche Umverteilungsvorgänge verändert. In der sogenannten Umverteilungsrechnung wird die Sekundärverteilung der Einkommen durch Einbeziehung der Transfereinkommen nachvollzogen. Dabei werden die geleisteten und die empfangenen laufenden

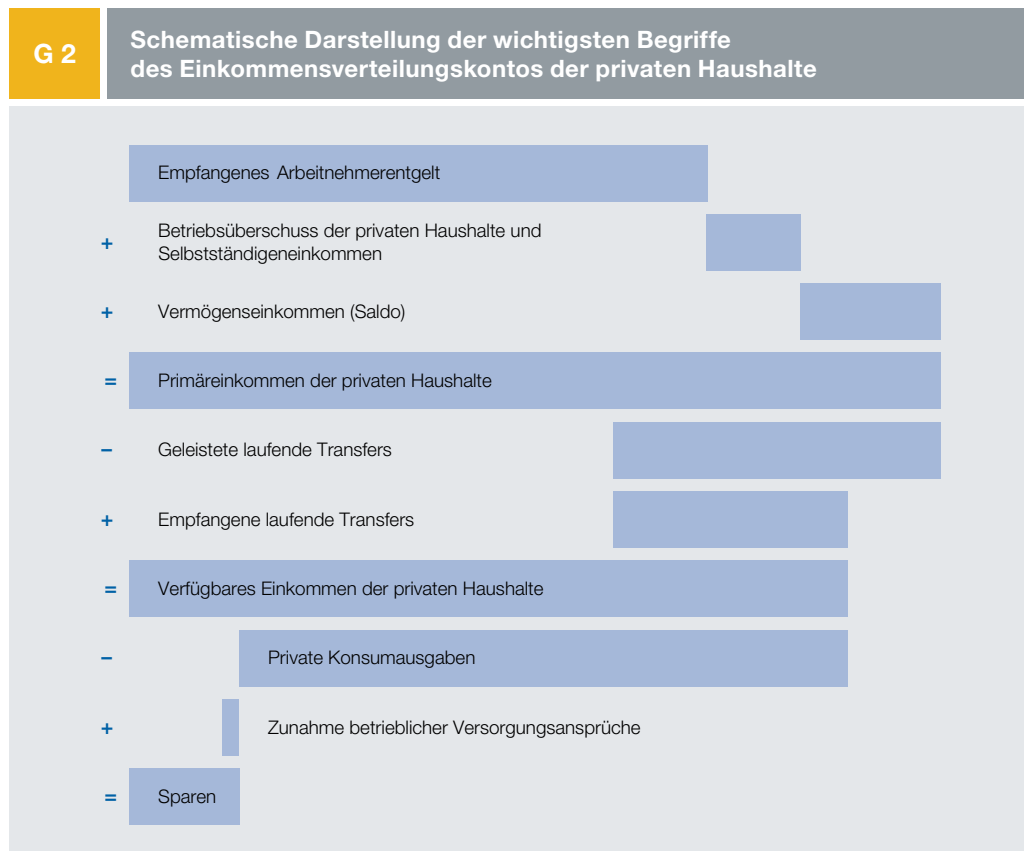
Transfers gebucht und als Saldo ergibt sich das verfügbare Einkommen.

Dieses Einkommen kann von den Wirtschaftssubjekten für den Konsum und das Sparen verwendet werden (Einkommensverwendung).

Anders als bei den Aggregaten der Entstehungs- und Verwendungsrechnung, bei denen eine volumenorientierte Deflationierung vorgenommen wird, erfolgt bei den Einkommensaggregaten keine Preisbereinigung, da sie nicht in eine Preis- und eine Mengenkomponeute aufgeteilt werden können und es folglich keinen Preisindex für die relevanten Güterpreise gibt.

Die in diesem Beitrag veröffentlichten Werte sind abgestimmt auf den Berechnungsstand Februar 2008 des Statistischen Bundesamtes. Der Beitrag beschränkt sich auf den

Berechnungsstand  
Februar 2008



Nachweis der Werte für Rheinland-Pfalz. Ergebnisse für die übrigen Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder unter <http://www.vgrdl.de>.

## Einkommensentstehung

Nettowertschöpfung ist seit 1991 um 36% gestiegen

Die Nettowertschöpfung enthält das in den Wirtschaftsbereichen in Rheinland-Pfalz entstandene Einkommen. Im Jahr 2006 lag der Wert bei 74,8 Mrd. Euro. Ohne die sonstigen Nettoproduktionsabgaben (geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen), die nicht güterbezogen sind und somit in der Bewertung der Wertschöpfung zu Herstellungspreisen enthalten sind, betrug der Wert 73,7 Mrd. Euro, das waren 36,4% mehr als 1991.

Der größte Teil der Nettowertschöpfung, nämlich 51,2 Mrd. Euro, entfiel auf die Entlohnung der beschäftigten Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte). Das von den Arbeitgebern

geleistete Arbeitnehmerentgelt beinhaltet die gesamten Arbeitskosten und somit die Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Sachleistungen sowie die tatsächlichen und (z. B. bei Beamten) unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt bestand 2006 zu vier Fünfteln aus Bruttolöhnen und -gehältern, ein Fünftel machten die Sozialbeiträge der Arbeitgeber aus.

Auf den Betriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen entfielen 2006 rund 22,6 Mrd. Euro. In diesem Teil der Wertschöpfung, der dem Produktionsfaktor Kapital zugerechnet wird, ist jedoch auch die Entlohnung der Unternehmerleistung in Form eines kalkulatorischen Lohns für die vom Unternehmer und den mithelfenden Familienangehörigen erbrachte Arbeitsleistung (implizit) enthalten. Selbstständigeneinkommen wird diese Größe für die Produzenten im Sektor private Haushalte (dazu gehören z. B. selbstständige Landwirte, Einzelunternehmer, Gastwirte, Freiberufler)

T 1

## Einkommensentstehung und Einkommensverteilung 1991 – 2006

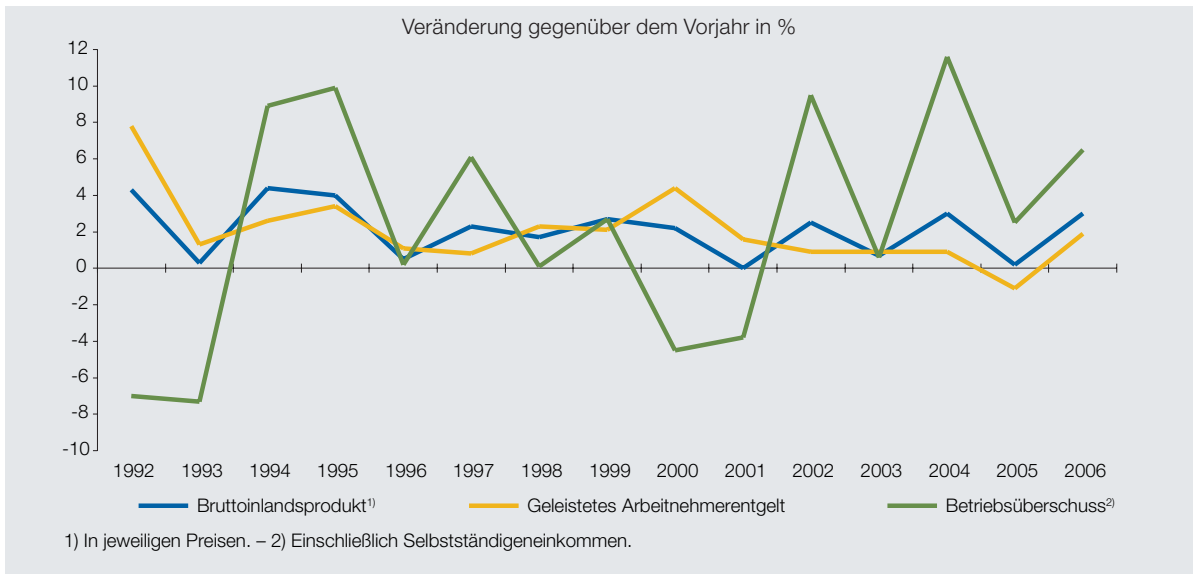
Gesamtwirtschaftlicher Aggregat	1991	1996	2001	2006	1996 zu 1991	2001 zu 1996	2006 zu 2001	2006 zu 1991
	Mill. EUR				Veränderung in %			
Geleistetes Arbeitnehmerentgelt	37 807	44 293	49 427	51 167	17,2	11,6	3,5	35,3
Bruttolöhne und -gehälter	30 789	35 823	39 782	41 207	16,3	11,1	3,6	33,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	7 018	8 470	9 645	9 960	20,7	13,9	3,3	41,9
+ Nettobetriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen	16 250	16 799	16 816	22 561	3,4	0,1	34,2	38,8
= Nettowertschöpfung <sup>1)</sup>	54 058	61 092	66 242	73 728	13,0	8,4	11,3	36,4
+ Saldo der über die Landesgrenzen fließenden Einkommen	4 501	6 802	8 623	10 918	51,1	26,8	26,6	142,6
= Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten)	58 558	67 894	74 866	84 646	15,9	10,3	13,1	44,6
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	43 011	50 049	56 303	59 338	16,4	12,5	5,4	38,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15 547	17 845	18 563	25 308	14,8	4,0	36,3	62,8
- Unternehmens- und Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften und des Staates	289	- 295	- 2 001	1 403	x	x	x	384,9
= Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2)</sup>	58 269	68 189	76 866	83 243	17,0	12,7	8,3	42,9

1) Ohne sonstige Nettoproduktionsabgaben (2006: 1,05 Mrd. Euro).

2) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

G 3

## Bruttoinlandsprodukt, geleistetes Arbeitnehmerentgelt und Betriebsüberschuss 1992 – 2006



genannt. In diesem Sektor fällt außerdem der Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohnraum an.

Arbeitnehmerentgelt stellt 70% der Nettowertschöpfung

Die Zusammensetzung der Nettowertschöpfung (ohne die sonstigen Nettoproduktionsabgaben) hat sich in der Zeit zwischen 1991 und 2006 deutlich geändert: 1991 und 2006 lag der Anteil des geleisteten Arbeitnehmerentgelts knapp unter 70%, in der Zwischenzeit jedoch z. T. deutlich darüber. Den höchsten Anteil machte es in den Jahren 1993 und 2001 mit knapp 75% aus. Der Anteil des Betriebsüberschusses an der Nettowertschöpfung ist spiegelbildlich dazu seit 2001 von 25,4% auf den Höchstwert 30,6% im Jahr 2006 gestiegen. Da der Betriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen natürlich stärker auf Konjunkturschwankungen reagiert, verwundert es nicht, dass in den beiden Jahren mit den niedrigsten Anteilen (1993 und 2001) auch das (nominale) Bruttoinlandsprodukt stagnierte.

### Einkommensverteilung

Das Volkseinkommen betrug im Jahr 2006 in Rheinland-Pfalz 84,6 Mrd. Euro. Dies ist die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die rheinland-pfälzische Wirtschaftseinheiten empfangen haben. Gegenüber 1991 ist das Volkseinkommen um 44,6% gestiegen, also deutlich stärker als die Nettowertschöpfung.

Volkseinkommen 84,6 Mrd. Euro

Das Volkseinkommen war demnach um 10,9 Mrd. Euro höher als die Nettowertschöpfung (ohne die sonstigen Nettoproduktionsabgaben). Der Anteil der netto von den übrigen Bundesländern und dem Ausland empfangenen Einkommen am gesamten Volkseinkommen betrug somit 12,9%. Diese Abweichung zwischen den korrespondierenden Aggregaten des Inlands- und des Inländerkonzepts ist bei kleineren Flächenländern und insbesondere bei den Stadtstaaten tendenziell größer als bei den größeren Flächenländern, in denen die grenzüberschreitenden Einkommensströme

Volkseinkommen ist deutlich höher als Nettowertschöpfung...

relativ betrachtet nicht so bedeutend sind. Für Deutschland insgesamt lag diese Differenz lediglich bei 22,2 Mrd. Euro bzw. 1,3% des Volkseinkommens.

...insbesondere durch Auspendlerüberschuss

Der positive Saldo in Rheinland-Pfalz beruht vor allem auf einem hohen Auspendlerüberschuss. Es gibt sehr viel mehr Personen, die in Rheinland-Pfalz wohnen und außerhalb des Landes arbeiten als umgekehrt. Die Differenz zwischen empfangenem und geleistetem Arbeitnehmerentgelt betrug knapp 8,2 Mrd. Euro. In Deutschland war dieser Saldo dagegen mit -630 Mill. Euro sogar leicht negativ, d. h. die Einkommen der Einpendler waren per Saldo höher als die der Auspendler.

Die funktionale Einkommensverteilung soll die Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Einkommen auf die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zeigen, und zwar das von Inländern empfangene Arbeitnehmerentgelt sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Letztere umfassen den Betriebsüberschuss und die Selbstständigeneinkommen sowie die Vermögenseinkommen. Unternehmens- und Ver-

mögenseinkommen ergeben sich nicht aus einer originären Berechnung, sondern als Differenz aus Volkseinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt. Folglich schlagen sich alle Niveau- und Entwicklungsfehler der Volkseinkommensberechnung in dieser Restgröße nieder.

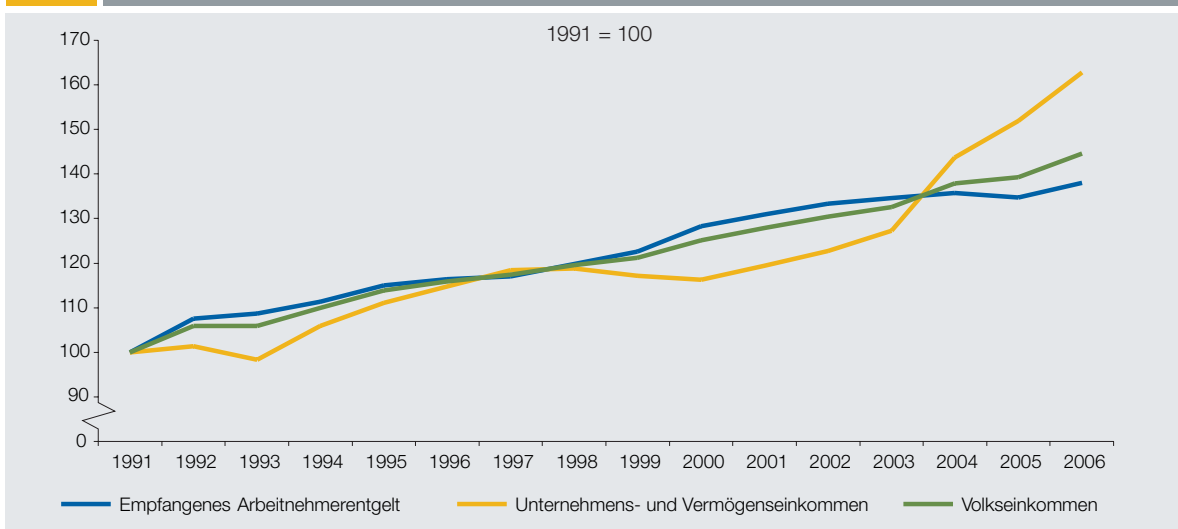
Im Gesamtzeitraum von 1991 bis 2006 nahm das Arbeitnehmerentgelt um 38% zu, das Unternehmens- und Vermögenseinkommen dagegen um 63%. Lagen die Veränderungsdaten beim Unternehmens- und Vermögenseinkommen 1992 und 1993 sowie von 1998 bis 2000 unter denen des Arbeitnehmerentgelts, so ist insbesondere in den Jahren ab 2003 ein stärkerer Anstieg zu verzeichnen.

Mit 70,1% machte das Arbeitnehmerentgelt den größten Teil des Volkseinkommens 2006 aus. Dieser Anteilswert wird als gesamtwirtschaftliche Lohnquote bezeichnet. In Rheinland-Pfalz schwankte diese Quote in den 1990er-Jahren grob zwischen 73 und 75%, seit dem Jahr 2000 ist sie jedoch kontinuierlich von 75,3 auf 70,1% gesunken.

Lohnquote seit 2000 deutlich gesunken

G 4

## Empfangenes Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Volkseinkommen, 1991 – 2006



Erwerbstätigenstruktur beeinflusst Lohnquote

Dabei ist zu beachten, dass die Entwicklung der Lohnquote von Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur beeinflusst wird: Wenn der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückgeht, dann sinkt die Lohnquote (und umgekehrt), und zwar ohne dass sich an den Einkommensverhältnissen etwas geändert hat. Um diesen Effekt herauszurechnen, wird gelegentlich eine sogenannte „bereinigte Lohnquote“ berechnet. Dabei werden die Anteile der Selbstständigen und der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen auf den Werten eines Basisjahres (hier: 1991) konstant gehalten. Allerdings hat sich der Arbeitnehmeranteil an der Erwerbstätigenzahl in Rheinland-Pfalz seit 1991 kaum verändert, er lag durchweg zwischen 89 und 90%. Seit dem Jahr 2000 ist er von 90% auf 89,5% im Jahr 2006 leicht gesunken. Die bereinigte Lohnquote zeigt daher nahezu den gleichen Verlauf wie die unbereinigte Lohnquote. Auch hierbei ist ein Absinken um knapp fünf Prozentpunkte von 2000 bis 2006 zu verzeichnen.

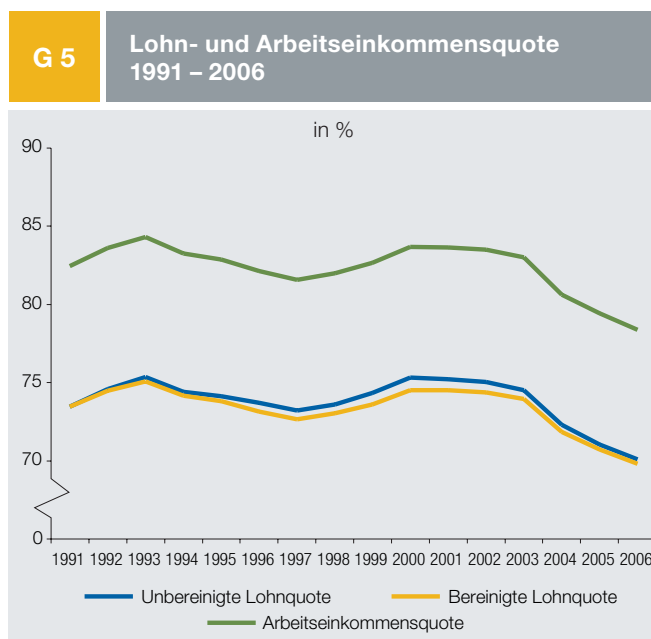
Um Änderungen der Erwerbstätigenstruktur zu eliminieren wird außerdem eine sogenannte Arbeitseinkommensquote berechnet. Diese ist definiert als Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je Erwerbstätigen. Zwischen 2000 und 2006 ist diese „Pro-Kopf-Lohnquote“ von 83,7 auf 78,4%, also ebenfalls um gut fünf Prozentpunkte, gesunken.

Auch „Pro-Kopf-Lohnquote“ deutlich gesunken

Aber auch diese Bereinigungen berücksichtigen nicht die Effekte, die sich durch veränderte Arbeitszeiten ergeben und somit auf das Arbeitsvolumen wirken. So kann sich bei unveränderter Arbeitnehmerzahl und bei gleichem Anteil an den Erwerbstätigen dennoch ein geringeres Gewicht der Arbeitnehmer-Arbeitsstunden ergeben, wenn vermehrte Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung stattgefunden hat.

Aussagekraft der Lohnquote ist jedoch eingeschränkt

Den theoretischen Anspruch, den Anteil des Produktionsfaktors Arbeit am gesamtwirtschaftlichen Einkommen messen zu können, kann die Lohnquote als Kennziffer der funktionalen Einkommensverteilung nur dann erfüllen, wenn die diversen Einkommensarten sauber den Produktionsfaktoren Arbeit bzw. Kapital zugeschrieben werden können. Vergleichsweise unproblematisch ist die Zuordnung des Arbeitnehmerentgelts (der abhängig Beschäftigten). Es stellt zweifellos eine Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit dar. Das Arbeitnehmerentgelt fließt vollständig den privaten Haushalten zu. Durch das Arbeitnehmerentgelt wird die Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit aber nicht vollständig gemessen. Zum Teil stecken Arbeitseinkommen auch in den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Diese verteilen sich auf alle Sektoren (Kapitalgesellschaften, Staat und private Haushalte). Neben dem eigentlichen Un-



ternehmensgewinn, der einbehalten oder auf die Anteilseigner (Kapitalgesellschaften, private Haushalte, Staat) ausgeschüttet wird, enthält diese Position (in den Selbstständigeneinkommen) auch kalkulatorische Unternehmerlöhne, die eigentlich „Arbeitseinkommen“ der Selbstständigen und mit-helfenden Familienangehörigen darstellen und folglich in die Lohnquote einfließen müssten.

Insofern wird durch die Lohnquote schon die funktionale Einkommensverteilung nicht richtig wiedergegeben. Außerdem werden aus dem Niveau und der Entwicklung der Lohnquote unzulässigerweise oft Aussagen über die personelle Einkommensverteilung, also die Verteilung des Einkommens auf Personen oder Personengruppen abgeleitet. Es werden z. B. Aussagen zum Niveau und zur Entwicklung der Einkommensposition der „Arbeitnehmerhaushalte“ getroffen.

Lohnquote:  
Anteil der Löhne  
am gesamten  
Einkommen

Die Lohnquote stellt dar, was der Name besagt, nämlich der Anteil der Löhne (= Einkommen der abhängig Beschäftigten aus unselbstständiger Arbeit) am gesamten (Erwerbs- und Vermögens-)Einkommen. Sie

wird jedoch häufig falsch interpretiert als Anteil des Arbeitseinkommens (= Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit) oder gar des Einkommens der Arbeitnehmerhaushalte.

Die „Restquote“, also die Unternehmens- und Vermögenseinkommens-Quote, die oft unzutreffend als Gewinnquote bezeichnet wird, stellt folglich auch nicht den Anteil des Produktionsfaktors Kapital (oder des Gewinns) am gesamtwirtschaftlichen Einkommen dar und auch nicht den Anteil der Unternehmereinkünfte und schon gar nicht den der Selbstständigenhaushalte.

## Einkommensumverteilung

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte macht den weitaus größten Teil des Volkseinkommens aus. Mit 83,2 Mrd. Euro entfielen 98,3% des Volkseinkommens auf diesen Sektor. Dazu gehören nicht nur Einzelpersonen und Gruppen von Einzelpersonen als Konsumenten, sondern ggf. auch als Produzenten (selbstständige Landwirte, Einzelunternehmer, Gastwirte, Freiberufler usw.). Dieser Sektor wird in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

### T 2 Einkommensumverteilung 1991 – 2006

Gesamtwirtschaftlicher Aggregat	1991	1996	2001	2006	1996 zu 1991	2001 zu 1996	2006 zu 2001	2006 zu 1991
	Mill. EUR				Veränderung in %			
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>1)</sup>	58 269	68 189	76 866	83 243	17,0	12,7	8,3	42,9
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	43 011	50 049	56 303	59 338	16,4	12,5	5,4	38,0
Betriebsüberschuss, Selbstständigeneinkommen	8 048	9 603	9 252	9 904	19,3	-3,7	7,1	23,1
Vermögenseinkommen (Saldo)	7 209	8 538	11 311	14 001	18,4	32,5	23,8	94,2
- Geleistete laufende Transfers	24 252	30 814	34 625	37 325	27,1	12,4	7,8	53,9
+ Empfangene laufende Transfers	14 311	20 309	22 881	25 189	41,9	12,7	10,1	76,0
= Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte <sup>1)</sup>	48 328	57 684	65 122	71 107	19,4	12,9	9,2	47,1
- Private Konsumausgaben	42 437	52 455	59 847	64 687	23,6	14,1	8,1	52,4
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	566	457	890	1 277	-19,3	94,9	43,5	125,7
= Sparen	6 457	5 685	6 165	7 698	-11,9	8,4	24,9	19,2

1) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.



gemeinsam mit den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nachgewiesen, da insbesondere bei den Umverteilungsvorgängen die Ausgangsstatistiken für eine Trennung fehlen. Die restlichen 1,4 Mrd. Euro bzw. knapp 1,7% des Volkseinkommens waren Unternehmens- und Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften und des Staates. Vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ kann auf Länderebene jedoch die Einkommensverteilung und -umverteilung nur für den Sektor Private Haushalte vollständig dargestellt werden.

Primäreinkommen überwiegend Arbeitnehmerentgelt

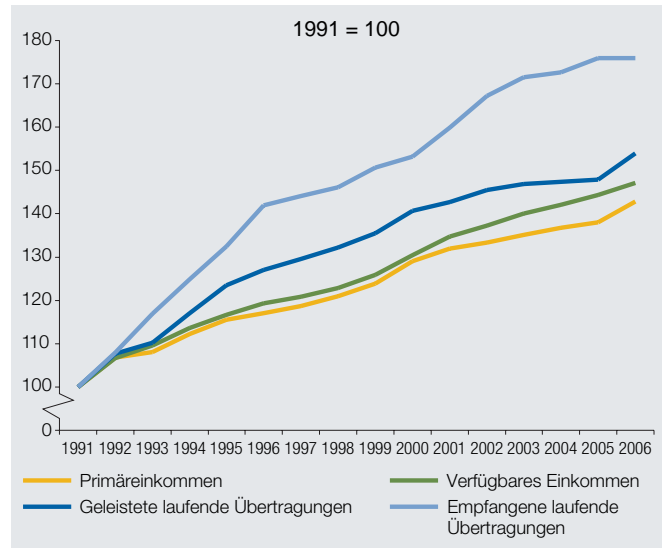
Das Primäreinkommen der privaten Haushalte bestand mit 59,3 Mrd. Euro zu über 71% aus Arbeitnehmerentgelt, das vollständig diesem Sektor zugerechnet wird. Die restlichen 29% waren die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen. Dazu gehören zum einen die Selbstständigeneinkommen der dem Sektor private Haushalte angehörenden Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie die unterstellten Einkommen (Betriebsüberschuss) aus eigengenutztem Wohneigentum. Dieser Teil umfasste 9,9 Mrd. Euro bzw. knapp 12% des Primäreinkommens. Die Vermögenseinkommen betragen per Saldo (empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen) 14 Mrd. Euro, das waren knapp 17%. Während das Arbeitnehmerentgelt von 1991 bis 2006 um 38% und der Betriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen um 23% stiegen, hat sich das Vermögenseinkommen mit +94% fast verdoppelt. Sein Anteil am Primäreinkommen ist dadurch von 12,4% (1991) auf 16,8% (2006) gestiegen.

Wachsende Bedeutung der Vermögenseinkommen

Im Zuge der Umverteilung wird das Primäreinkommen deutlich verändert, indem die geleisteten laufenden Transfers abgezogen und die empfangenen laufenden Transfers hinzu gezählt werden.

G 6

Primäreinkommen, verfügbares Einkommen sowie geleistete und empfangene laufende Übertragungen 1991 – 2006



Zu den von privaten Haushalten geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern und Abgaben (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Verwaltungsgebühren) und die Sozialbeiträge. Letztere beinhalten die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die Sozialbeiträge der Selbstständigen und der Nichterwerbstätigen sowie die unterstellten Sozialbeiträge (insbesondere für die Beamtenversorgung und Beihilfen im Krankheitsfall). Zu den geleisteten Transfers zählen außerdem die Nettoprämien für Schadenversicherungen wie private Krankenversicherung, Kfz- und allgemeine Haftpflichtversicherung, Feuer-, Hausratversicherung u. Ä.

Direkte Steuern und Abgaben zählen zu den geleisteten Transfers privater Haushalte

Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers stellen überwiegend monetäre Sozialleistungen dar. In erster Linie sind dies die Geldleistungen der Sozialversicherung (Renten-, Arbeitslosen-, gesetzliche Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung). Dazu gehören außerdem Sozialleistungen aus privaten Sicherungs-

Empfangene Transfers sind überwiegend monetäre Sozialleistungen

systemen, sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber (wie Pensionen, Beihilfen) sowie sonstige überwiegend vom Staat gezahlte soziale Geldleistungen (wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld, Hartz IV, Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung u. A.). Neben den Sozialleistungen empfangen die privaten Haushalte Leistungen von Schadenversicherungen.

Verfügbares Einkommen macht gut 85% des Primäreinkommens aus

Das nach den Umverteilungsvorgängen resultierende verfügbare Einkommen betrug in Rheinland-Pfalz im Jahr 2006 rund 71,1 Mrd. Euro. Es lag somit rund 12,1 Mrd. Euro niedriger als das Primäreinkommen. So hoch war 2006 der Saldo aus geleisteten und empfangenen laufenden Transfers. Im gesamten Betrachtungszeitraum von 1991 bis 2006 ist das verfügbare Einkommen mit 47,1% etwas stärker gestiegen als das Primäreinkommen der privaten Haushalte mit 42,9%. Dies beruht auf der stärkeren Zunahme der empfangenen laufenden Übertragungen (+76%) im Vergleich zu den geleisteten laufenden Übertragungen (+53,9%). Der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen ist dadurch von 82,9% im Jahr 1991 auf 85,4% im Jahr 2006 gestiegen.

Verfügbares Einkommen wird konsumiert oder gespart

Das verfügbare Einkommen kann von den privaten Haushalten konsumiert oder gespart werden (das Sparen umfasst außerdem noch die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche). Dabei ist zu beachten, dass – wie bereits erwähnt – ein unterstelltes Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum darin enthalten ist. Bei dieser Definition des verfügbaren Einkommens nach dem sogenannten Ausgabenkonzept sind die sozialen Sachtransfers, die vom Staat (einschließlich gesetzliche Sozialversicherungen) geleistet und von priva-

ten Haushalten empfangen werden (z. B. Erziehungs-, Gesundheitsleistungen), nicht enthalten. Dieses Aggregat nach dem Verbrauchskonzept lässt sich auf Länderebene nicht berechnen.

## Einkommensverwendung

Der überwiegende Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird konsumiert. Auf den privaten Konsum entfielen 2006 in Rheinland-Pfalz 64,7 Mrd. Euro, das entspricht 91% des verfügbaren Einkommens. Der nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche stellt das Sparen der privaten Haushalte dar. Im Jahr 2006 waren dies 7,7 Mrd. Euro. Im Zeitraum seit 1991 ist das Sparen nur um 19,2% gestiegen, da in den 1990er-Jahren eine Abnahme zu verzeichnen war; seit 2000 hat das Sparen um 31,8% zugenommen.

64,7 Mrd. Euro für Konsum

7,7 Mrd. Euro wurden gespart

Die Relation aus dem so ermittelten Sparen zu dem verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet. Sie lag im Jahr 2006 bei 10,6%. Im Jahr 1991 hatte die Sparquote noch 13,2% betragen, war bis zum Jahr 2000 auf 9,1% gesunken und ist seitdem wieder um 1,5 Prozentpunkte gestiegen.

Sparquote: 10,6%

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.